

Heute in der Zeitung

Politik

Nazi-Seilschaften im BND

Historiker arbeiten auf, wie stark der Geheimdienst nach Kriegsende NS-belastete Mitarbeiter rekrutierte. SEITE 4

Oldie als Vorbild für Polittalk

Als Ersatz für den Wegfall von „2 + Leif“ plant der SWR eine neue Sendung nach dem Vorbild von „Pro & Contra“. SEITE 5



Aus aller Welt

Tote in der Textilfabrik

Der Brand in einer Fabrik für Billigmode in der Toskana offenbart unumenschliche Arbeitsbedingungen. SEITE 8

Wirtschaft

Stuttgarter will Handwerkschef werden

Auch der Stuttgarter Kammerpräsident Rainer Reichhold will Präsident des Zentralverbands werden. SEITE 11

Entdecken

Der ganz besondere Brunftschrei

Koalas sind recht kleine Tiere. Doch ihr Gebrüll kann unerwartet laut sein – dank eines speziellen Organs. SEITE 16

Stuttgart & Baden-Württemberg

Streit um Strahlenbelastung

Mieter der „Diplomatensiedlung“ am Killesberg fordern Schutz vor der Radonstrahlung in ihren Häusern. SEITE 17

Reportage

Neubau statt Schiffsbau

Am Bodensee soll eine Werft in ein Luxuswohnquartier umgewandelt werden. Das Projekt ist umstritten. SEITE 24

Kultur

Erinnerung an Chris Howland

Im Alter von 85 Jahren ist der Schauspieler, Entertainer und Radiopionier Chris Howland gestorben. SEITE 26



Sport

Kampf gegen die Pfunde

Der Boxer Felix Sturm trifft in Stuttgart auf Darren Barker. Den Kampf gegen die Pfunde hat er vorab gewonnen. SEITE 31

Kommentar

Hochzinsverträge Es ist verfehlt, wenn Finanzanbieter ihre Kunden unter Druck setzen, meint Andrea Gregor. SEITE 9

Rubriken

Gewonnen? **7** Fernsehprogramm **27**
Impressum **10** Was Wann Wo **28**
Familienanzeigen **15** Leserforum **29**
Notfallnummern **20, 21**

Die StZ stellt sich vor

Ralf Krüger, Leonberg (rak)



Ralf Krüger ist Redakteur bei der Leonberger Kreiszeitung und dort seit sechs Jahren als Blattmacher für Planung und Koordination mit dem Mutterblatt zuständig. Er ist 1960 geboren und in Stuttgart aufgewachsen. Der passionierte Motorradfahrer studierte Kunstgeschichte und Philosophie sowie Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften in Stuttgart, Hohenheim und Konstanz und hat während seiner Studienjahre das Zeitungsmachen in der Technik des Pressehauses Stuttgart von der Pike auf gelernt. Ralf Krüger volontierte bei der Leonberger Kreiszeitung, betreute anschließend drei Jahre lang die vielfältige lokale Kultur rund um Leonberg, um dann Wirtschaftsthemen im prosperierenden Landkreis Böblingen journalistisch aufzugreifen. Der Allgäu-Fan ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Konstanz und hat während seiner Studienjahre das Zeitungsmachen in der Technik des Pressehauses Stuttgart von der Pike auf gelernt. Ralf Krüger volontierte bei der Leonberger Kreiszeitung, betreute anschließend drei Jahre lang die vielfältige lokale Kultur rund um Leonberg, um dann Wirtschaftsthemen im prosperierenden Landkreis Böblingen journalistisch aufzugreifen. Der Allgäu-Fan ist verheiratet und hat zwei Kinder.

stuttgarter-zeitung.de



StZ-Adventskalender

Rätseln und gewinnen

Wir öffnen jeden Tag ein Türchen und stellen knifflige Fragen zu Stuttgart und seinen Bewohnern.

<http://stzlinx.de/adventskalender>

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion 0711/72 05-0
Anzeigen 07 11/72 05-21
Leserservice 0711/72 05-61 61
Probe-Abonnement 080 00 14 14 14

Fax
Redaktion 07 11/72 05-12 34
Anzeigen 018 03/08 08 08
Leserservice 07 11/72 05-61 62
*018 03: 0,09 Euro/Min.
Preise aus dem dt. Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.

E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de

Online
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen

Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart

Inklusion ist eine Frage der Einstellung

Tagesthema

Eingliederung Beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung geht es nur voran, wenn die Schritte behutsam und bedächtig geplant sind. Wann das Gesetz kommt, ist zweitrangig. Das zeigt ein Schulbesuch in Bruchsal. Von Renate Allgöwer



Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern verlangt den Lehrern einiges ab – und birgt auch Gefahren. Foto: dpa

Es sieht alles so spielerisch aus in der Stirnum-Grundschule in Bruchsal. „Die Sterne glitzern und funkeln, glitzern und funkeln“, klatschen 21 Kinder im schnellen Rhythmus des Daktylus. Tamburine, Rassel-Eier und Triangeln kommen ins Spiel: „Endlich ist Weihnachten.“ Das „Sternen-Rhythmical“ der ersten Klassen kann sich schon hören lassen. Die Truppe ist höchst vielfältig. Geübt wird in Gruppen von etwa 20 Schülern. Insgesamt musizieren hier 71 Erstklässler der Stirnumschule und 15 Kinder aus der Förderklasse der Grundschule, die bei der Einschulung zurückgestellt wurden. Hinzu kommen 21 Kinder von der Pestalozzi-Förderschule. Und dazu kommt noch Thorsten (Name geändert). Thorsten fungiert als Außenklasse. Die Fachleute sagen, er habe einen „festgestellten Förderbedarf im Sinne der Sonderschule für Erziehungshilfe“.

Thorsten sitzt gerade in einem Sitzkreis und versucht, die Konsistenz eines Sterns zu beschreiben. Ist er hart, weich, zackig oder schwer? Hinter Thorsten sitzt die Sonderschullehrerin Sandra Tulke, die ab und an beruhigend auf Thorsten einredet und ihm hilft, falls es ihm in der Gruppe zu viel wird. Und das kann schnell passieren. Abgesehen davon gilt für Thorsten, dass er die gleichen Dinge lernen soll wie alle anderen Grundschüler. Sozialpädagogisch gesprochen: sein Unterricht ist zielgleich.

Gemeinsame Projekte in Musik, Sport und Kunst

Etwas anders sieht es bei den 21 Kindern aus der Pestalozzischule aus. Auch sie sind eine Außenklasse der Stirnumschule, aber für sie gibt es ein gruppenbezogenes, zieldifferentes Angebot in den Klassenstufen eins und zwei. Die Stirnumschule hat schon lange Erfahrungen mit der Inklusion gemacht – lange bevor die Vereinten Nationen jedem Schüler das Recht zugestanden haben, Regelschulen zu besuchen. Seit zwei Jahren wird die Zusammenarbeit intensiviert. Im ersten Jahr hat man vor allem gemeinsame Projekte gemacht: Musik, Sport und Bildende Kunst zusammen unterrichtet. Man hat ein Waldprojekt auf die Beine gestellt und sich neulich intensiv mit Sankt Martin auseinandergesetzt. Drei- bis viermal kommt man im Jahr zu Projekten zusammen. Im zweiten Jahr wird zum Teil auch gemeinsam gerechnet, auch in Deutsch und im Sachunterricht wird die Zusammenarbeit ausgedehnt.

Die Stirnumschule zeigt dreierlei: Inklusion ist eine Frage der Einstellung, sie geht nicht von heute auf morgen und sie ist harte Arbeit. „Schritt für Schritt und sehr behutsam“ werden Kinder im Unterricht zusammen gebracht. „Die Herausforderung ist es, Vertrauen zu schaffen“, sagt die Schulleiterin Liane Blank. Die Lehrer haben Angst, weil sie nicht für den Bedarf der Kinder mit Behinderungen ausgebildet sind. Eltern haben Bedenken, ob ihre Kinder leistungsgerecht unterrichtet werden. Die Inklusion, die so sehr dafür gelobt wird, dass sie das soziale Bewusstsein der Kinder stärkt, birgt auch Gefahren. Susanne Hirsch, Schulleiterin der Förderschule, warnt vor dem, was sie die neue Behinderungenfeindlichkeit nennt: „Eltern sagen, die werden zu gut ausgestattet.“ Dieser

GERINGES VERTRAUEN IN DIE POLITIK

Umfrage 72 Prozent der Baden-Württemberger sehen in der Inklusion in der Grundschule mehr Vor- als Nachteile. Das ergibt eine Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung (VBE). In den weiterführenden Schulen sind nur noch 60 Prozent für gemeinsamen Unterricht.

Skepsis Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass in Nordrhein-Westfalen die Zustimmung zur Inklusion seit 2011 zurückgegangen ist. Vor vier Jahren waren noch 77 Prozent der Bürger an Rhein- und Ruhr für Inklusion in der Grundschule, nun sind es noch 69.

Gerhard Brand, der Vorsitzende des VBE in Baden-Württemberg, mahnt, wenn die Politik nichts unternimmt, sinke die Zustimmung zur Inklusion. „Die Bürger glauben nicht, dass die Politik vernünftige Rahmenbedingungen für die Inklusion schaffen will“, sagt Brand. Nur 25 Prozent der SPD-Wähler glauben, dass ihre Partei die Mittel zur Verfügung stellen werde, bei der CDU vertrauen immerhin 33 Prozent auf die Regierung.

Opposition Die CDU kritisiert, Grün-Rot habe nicht rechtzeitig die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen für die Inklusion geschaffen. Die FDP erwartet einen Aktions- und Finanzierungsplan unter Beibehaltung der Sonderschulen. *ral*

Missgunst müsse vorgebeugt werden. Die Ausstattung klingt gut. 30 Wochenstunden gibt es Teamteaching, dann sind zwei Lehrer in einer Klasse. Es gibt Schulsozialarbeit und Hausaufgabenbetreuung, auch ein Jugendbegleiterprogramm. Doch wie die anderen Inklusionsschüler wird auch Thorsten nur drei Stunden von seiner Sonderschullehrerin begleitet. „Viele Stunden sind wir allein“, sagen die Lehrerinnen, die auch in den höheren Klassen einzelne behinderte Kinder unterrichten. Sie hoffen auf mehr gemeinsame Lehrerstunden.

Inklusion bedeutet Absprache: Stundenpläne müssen parallelisiert, neue Organisationsformen gefunden werden. In Bruchsal hospitieren die Grundschullehrer an der Förderschule und umgekehrt. „Der Zeitaufwand ist der Hammer“, sagt Liane Blank. „Man will ja allen Schülern gerecht werden“, sagt die Lehrerin Petra Kasel. Das sei durchaus anstrengend. In Bruchsal wünscht man sich, dass nichts übers Knie gebrochen wird. Der Weg über Außenklassen sei gut, sagt die Förderschulleiterin Hirsch. Ihre Forderung: Inklusionskinder müssen zum Klassenteiler dazugezählt werden und brauchen geeignete Räume.

Wird die Gesetzesänderung Schleusen öffnen?

Während in Bruchsal Inklusion längst kein Fremdwort mehr ist, ist die Umsetzung landesweit ins Stocken geraten. Kultusminister Andreas Stoch (SPD) hat aus den Erfahrungen in Modellregionen gelernt: „Wir müssen behutsam vorgehen. Wir wollen an jedem Ort das richtige Tempo zulassen.“ Die Änderung des Schulgesetzes, die für 2014 geplant war, verschiebt er auf 2015/16 – zur Enttäuschung vieler Eltern. In Bruchsal findet er Verständnis. Qualität geht vor. „Die Gesetzesänderung könnte Schleusen öffnen“, sagt Stoch. Inklusion müsse aber perfekt durchdacht sein, damit sie gelingt.

Im Moment hängt es vor allem am Geld. Die Verhandlungen mit den Kommunen stocken. Die Gemeinden sehen sich nicht zuständig, klagt das Ministerium. Diese sollten für Räume und Betreuung aufkommen. Die Städte vermessen sowohl ein Inklusions- wie ein Finanzierungskonzept. Vom Bund kommt nicht so viel Geld wie erhofft. Ohne Klärung der Finanzfrage könne sich das Land 2014 keine weiteren Fortschritte leisten, betont Stoch.

Eckpunkte zur Inklusion will der Minister im Januar oder Februar vorgehen. Im Groben wird darin stehen, dass Eltern die Wahl haben sollen, ob ihre Kinder eine Sonderschule oder eine Regelschule besuchen. Allerdings werde es keine absolut freie Wahl geben. Inklusion soll gruppenbezogen erfolgen, dabei wird das Zwei-Lehrer-Prinzip angestrebt. „Einzelinklusion an allen Schulen ist unrealistisch“, sagt Stoch. Maximal sechs Kinder mit Behinderungen sollen in einer Klasse sein. Das Land habe keinen Impuls, Sonderschulen zu schließen, erklärt Stoch. Manches lasse sich auch ohne Gesetz regeln. Zum Beispiel, dass Inklusionskinder zum Klassenteiler hinzugezählt werden. Ohnehin ist Inklusion weit mehr als eine rechtliche Vorgabe. „Wirklich anstrengend sind die auffälligen Kinder, die nicht von der Förderschule kommen“, sagte eine Lehrerin, die weiß wovon sie spricht.

Die Nachfrage steigt – auch ohne Gesetz

Erfahrungen Der Abschlussbericht aus den fünf Modellregionen im Südwesten beugt allzu hohen Erwartungen vor. Von Renate Allgöwer

ihreits für Kinder ohne zusätzlichen Förderbedarf öffnen. Beratung und Entwicklungsbegleitung, Diagnostik, Prävention und Mitwirkung an inklusiven Unterrichtsformen gelten als die künftigen Aufgaben der Sonderpädagoginnen. In den Modellregionen haben sich verstärkt Netzwerke zwischen Sonderschulen und allgemeinen Schulen gebildet.

Nach den Erfahrungen aus den Modellregionen messen die Experten der sonderpädagogischen Diagnostik eine zentrale Bedeutung zu. Inklusive Bildungsangebote müssten passgenau ausgestaltet werden, damit die Schüler „nicht unter ihren Möglichkeiten bleiben“, heißt es in dem Bericht. Dazu liefere die Diagnostik die Basis. Für die richtigen Angebote gelte es abzuwägen zwischen Elternwünschen, den Möglichkeiten der Schulen, den Möglichkeiten der Kostenträger und des Landes. Dem Bericht zufolge wünschen etwa ein Viertel der Eltern von Kindern mit

Behinderungen, dass ihre Kinder an einer Regelschule unterrichtet werden. Im vergangenen Schuljahr besuchten demnach 52 000 Kinder eine öffentliche oder eine private Sonderschule. Die Kommunen betonen, dass sie schon jetzt die Außenklassen finanzieren und zum Teil bis zu 50 000 Euro im Jahr für einzelne Schüler ausgeben.

Vor zu hohen Erwartungen warnen die Beteiligten: Eine „zielorientierte Einzelinklusion“ sei in der Regel schwer zu realisieren. Selbst für zieldifferenten Unterricht in Gruppe fehle es an sonderpädagogischen Ressourcen. Ein zeitlicher Vorlauf von mindestens einem halben Jahr müsse eingeplant werden. Auch ein ganztägiges Bildungsangebot erweise sich oft als schwierig. Allen Hürden das Trotz appelliert Gerd Weimer, der Behindertenbeauftragte des Landes, an die Regierung und die Städte, die Inklusion nicht auf die lange Bank zu schieben. Sonst werde die Verunsicherung bei Eltern und Lehrern weiter steigen. Die Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“ hat schon 2012 einen eigenen Gesetzentwurf für ein inklusives Schulsystem vorgelegt und zeigt sich wegen der neuerlichen Verzögerung enttäuscht. Sie beklagt, gruppenbezogene Angebote seien selten wohnortnah. Bisher werde die Inklusion zu sehr „von den Sonderschulen aus“ gedacht. Vielmehr sollten Sonderpädagoginnen in die Lehrerkollegien integriert werden.

Die allgemeinen Schulen und die Sonderschulen bilden Netzwerke.